

Individuelle Kennzeichnung

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass die bisherige Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten, bestehend aus Namensschildern im täglichen Dienst und einer Gruppenkennzeichnung aus Ziffern in den geschlossenen Einheiten, bis zu Beginn des Jahres 2008 evaluiert wird. Dabei sollte festgestellt werden, ob diese bisherige Kennzeichnung ausreicht oder ob seit 2005 Fälle gefunden wurden, bei denen die Zuordnung einer Straftat nicht möglich war, weil die individuelle Kennzeichnung fehlte.

Mit dieser Aufgabe wurde das Landeskriminalamt betraut. Dieser Bericht ist jetzt im Senat vorgelegt worden, ohne dass ein solcher nicht aufklärbarer Fall dabei gewesen wäre.

Dieser Bericht ist aber als eine Art Zwischenbericht formuliert, der noch nicht zu einer abschließenden Bewertung kommt. Eine weitere Vereinbarung im Koalitionsvertrag verlangt, dass auch Betroffene und deren Anwälte sowie Initiativen und Organisationen miteinbezogen werden sollen. Die ausgewerteten Fälle, auch die noch bei der Staatsanwaltschaft liegenden, werden jetzt von einem unabhängigen wissenschaftlichen Gutachter geprüft. Gleichzeitig hat unser Arbeitskreis Innen- und Rechtspolitik Kontakt u. a. zum Republikanischen AnwältInnenverein und zu amnesty international aufgenommen.

Wir hoffen, dass uns auf diese Art gut dokumentierte Fälle erreichen, mit denen wir die individuelle Kennzeichnung durchsetzen können, wie es nach wie vor unser politisches Ziel ist.

Weiterhin werden wir auch mit den Gewerkschaften und Interessenvertretungen im Gespräch bleiben, denn eigentlich muss es auch in ihrem Interesse sein, dass die Arbeit der Polizei nicht durch einige wenige diskreditiert wird, die sich im Schutz der Anonymität nicht an Recht und Gesetz halten.

■ Marion Seelig, MdA



Foto: Gabriele Senft

Internationaler Frauentag 8. März „Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“ (Karl Marx) Und deshalb auch 2008: Der Kampf um Gleichstellung und Frauenrechte bleibt Tagesaufgabe.

Auf dem Foto: Teilnehmerinnen an einer Demo gegen die NPD in Köpenick. Das Foto gehört zur Ausstellung „FRAUENBILDER von GABRIELE SENFT“, die vom 6. März bis 5. Mai im Karl-Liebknecht-Haus zu sehen ist.

OSZE-Wahlbeobachter nach Berlin?

Aus dem Kreis der Befürworter des Flughafens Tempelhof wurde die Forderung erhoben, die sich abzeichnende Volksabstimmung zum Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beobachten zu lassen. Grund der Forderung: Der rot-rote Senat verweigere eine ordnungsgemäße Durchführung.

Mal abgesehen von der Tatsache, dass Rot-Rot der Senat ist, der eine wirksame Volksgesetzgebung für Berlin realisierte, erscheint die Forderung nach Aufmerksamkeit für die Volksabstimmung, die wahrscheinlich am 27. April stattfinden wird, sinnvoll.

Aufmerksamkeit nicht von der OSZE, sondern von den Berlinerinnen und Berlinern. Aufmerksamkeit für die Frage, die ihnen gestellt wird und für die, die sie stellen. Aufmerksamkeit auch am 27. April, ob im Abstimmungslokal alles in Ordnung ist und die Stimmenabgabe reibungslos verläuft. Abstimmungstext ist: „Der Stadtflughafen Tempelhof ergänzt und entlastet den Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI). Der Berliner Senat wird aufgefordert, sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und den Widerruf der Betriebsgenehmigung aufzuheben. Tempelhof muss Verkehrsflughafen bleiben!“. Schauen wir genauer hin: Tempelhof ergänzt und entlastet den neuen Flughafen BBI? Soll das heißen, mehr Flugbewegungen als jetzt in

Tempelhof – mitten in der Stadt? Die ICAT nennt Zahlen von 50.000 Flugbewegungen im Jahr. Oder soll es heißen, ein Bonzenflughafen für die Champagner schlürfende Elite? Darauf gibt es keine Antwort. Meine Antwort lautet beide Male: Nein. Unsere Stadt braucht weder das eine noch das andere, zumal das Flugfeld der Superreichen bereits jetzt mit bis zu 17 Millionen Euro pro Jahr subventioniert wird. Und das in der Stadt der 60 Milliarden Euro Schulden! Wer stellt die Frage? Da ist die „Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof“ (ICAT), ein Vorfeldverein der CDU, und (Überraschung!) die CDU. Die ICAT hat seit Monaten eine aufwendige Plakatkampagne geführt, die mehrere Zehntausend Euro gekostet haben dürfte. Großplakate an den Wall-Plakatstandorten, ganzseitige Anzeigen in der Springer-Presse und darüber hinaus. Wer hat das alles bezahlt? Darüber verweigert die ICAT jede Auskunft. Warum wohl?

Es hilft nur eines: Hingehen am 27. April und Nein! sagen zu Frechheit, Unvernunft, Habgier und Nostalgie. Und: Sagen wir es unseren Freundinnen, Freunden, Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen! Je mehr Leute abstimmen, desto sicherer ist, dass es ein Volksentscheid – ein demokratisches Votum – ist, kontrolliert von Berlinerinnen und Berlinern.

■ Carsten Schatz, Landesgeschäftsführer

Thema:

Kritik an Sarrazin

Finanzsenator Thilo Sarrazin ist von der LINKEN in Berlin heftig kritisiert worden. Der Landesvorsitzende Klaus Lederer beschimpfte Sarrazin nach seinen Speiseplan-Berechnungen für Hartz-IV-Empfänger „Zynismus“. „Ein menschenwürdiges Leben besteht aus mehr als Bratwurst und Sauerkraut. Und es beginnt damit, dass man von gut bezahlten Beamten nicht jeden Bissen vorgerechnet bekommt“, so Lederer. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carola Bluhm, unterstrich, dass sich die rot-rote Politik in Berlin deutlich von dem unterscheidet, was der Finanzsenator denke und leider oft auch ausspreche.

Debatte nicht beendet

Führende Vertreter der LINKEN in Berlin haben den Fraktions-Ausschluss der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Christel Wegner (DKP) als „konsequent und richtig“ bewertet. „Wer auf den Listen der LINKEN kandidiert, der sollte die programmatischen Grundlagen dieser Partei respektieren“, so Stefan Liebich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Koordinator des Forums demokratischer Sozialismus. Zugleich wurde davor gewarnt, in der Partei die Sache damit als erledigt zu betrachten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der Bruch mit dem Stalinismus seien konstituierende Merkmale der „Quellpartei PDS“ und so auch der neuentstandenen Partei.

Nachgefragt – Tickets für 3 Euro

An den Berliner Theatern, Opern- und Konzerthäusern wurden bis Ende vergangenen Jahres insgesamt 25.374 der verbilligten Eintrittskarten an Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und staatlicher Grundsicherung verkauft. Die LINKE wertete dies als erfreuliche Bilanz für das im Mai 2005 auf ihre Initiative hin eingeführte 3-Euro-Ticket. Insgesamt beteiligen sich in Berlin 19 Einrichtungen an der Initiative, nicht verkaufte Eintrittskarten zum Selbstkostenpreis von drei Euro anzubieten. www.kultur.berlin.de

Wie links ist die Stadt?

Für eine soziale Metropole Berlin

Ein Blick auf die politischen Forderungskataloge in den zurückliegenden Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg bringt Erstaunliches zutage. Nicht nur DIE LINKE, sondern auch SPD und Grüne fordern dort mehr oder weniger unisono: eine gemeinsame Schule für alle, beitragsfreie Kitaplätze, die Abschaffung von Studiengebühren, die Einführung eines Sozialtickets oder die Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Mindestlöhnen. Damit wird in anderen Bundesländern zum Programm erhoben, was unter Rot-Rot in Berlin bereits in Taten umgesetzt wird und trotz schwieriger Voraussetzungen ein Markenzeichen der Stadt ist. Berlin ist international und deutschlandweit attraktiver denn je, auch weil hier die Möglichkeiten des Zugangs zu Kultur und Bildung, zu lebenswertem Wohnen, zu Mobilität und städtischer Infrastruktur, zum öffentlichen Raum und zu Natur und Umwelt größer sind als in anderen großen Städten. Die zurückliegenden Jahre haben aber auch gezeigt, dass neoliberale Wandlungsprozesse nicht allein deshalb vor den Toren Berlins halt machen, weil hier DIE LINKE an der Stadtregierung beteiligt ist. Die Lücken im sozialen Netz der Bundesrepublik sind größer geworden und lassen sich angesichts begrenzter finanzieller Spielräume nicht alle mit städtischen Mitteln stopfen. Unter-

nehmen, die sich in Berlin ansiedeln wollen, beanspruchen repräsentative Standorte und lösen damit Verdrängungsprozesse aus. Die wachsende Nachfrage nach Wohnungen in als „hip“ geltenden Stadtquartieren lässt die Mieten in Höhen steigen, die Hartz-IV-Empfänger nicht mehr zahlen können. Und angesichts knapper Kassen nimmt auch der Druck zu, öffentliche Angebote betriebswirtschaftlichen Effizienzrechnungen zu unterwerfen.

DIE LINKE in Berlin muss und will sich der Diskussion über diese widersprüchlichen Prozesse mit dem Ziel stellen, ihre Vorstellungen von einer sozialen Metropole weiterzuentwickeln. Dabei wird es nicht reichen, die Machbarkeit von Alternativen zu behaupten, sie müssen auch unter den gegebenen Berliner Verhältnissen als realistische Handlungsoptionen für die Politik formuliert werden. Dann haben wir nicht nur die Chance, sie praktisch anzugehen, sondern werden auch über Berlin hinaus weiter Maßstäbe für eine sozial gerechte Politik setzen können. Denn die beschriebenen Entwicklungen folgen nicht Naturgesetzen, sondern sind durch politisches Handeln und Eingreifen beeinflussbar. DIE LINKE. Berlin wird sich daher in diesem Jahr dieser Herausforderung stellen und in Veranstaltungen wie auch auf Parteitagungen der notwendigen Diskussion in und außerhalb unserer Partei Impulse geben.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender



Foto: Klaus Lederer

Fraktionssitzung auf der Baustelle DIE LINKE sieht im Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) das wichtigste Zukunftsprojekt der Region. Von Aufträgen im Wert von insgesamt 851 Mio. Euro profitiert mit 737 Mio. Euro vor allem die regionale Wirtschaft. Von der Berliner Flughafen-Gesellschaft erwartet die Fraktion, dass alle gerichtlichen Auflagen zum Nachtflugverbot, die dem Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner dienen, in der Planung berücksichtigt und im Flugbetrieb eingehalten werden. 2011 soll BBI seinen Betrieb aufnehmen.

**Berlin –
Stadt des Friedens**
Konferenz der Partei DIE LINKE.
Berlin am 5. April 2008

Seit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Hoffnung auf ein Ende des Wettrüstens hat sich die Welt dramatisch verändert. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden, die Bundeswehr wurde Stück für Stück zu einer Interventionsarmee umgebaut und zivile Konfliktlösung wird medial und politisch delegitimiert.

Unsere Konferenz hat die Aufgabe, Friedenspolitik nicht nur als „Weltpolitik“ zu diskutieren, sondern um konkrete Wege und Möglichkeiten zu ringen, hier und heute Politik zu gestalten, die den Gedanken einer friedlichen Welt verbreitet und verstärkt. Berlin als Stadt kann dabei auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken. Hier bündelt sich eine Menge Erfahrung, die wir in die Debatte einbinden möchten. Schwerpunkte der Debatte werden sein: Aufrüstung und Umbau der Bundeswehr, Möglichkeiten von Konversion, Möglichkeiten und Grenzen von Landespolitik, Friedensbewegung – wohin? Welche Rolle spielt DIE LINKE dabei? In offener Diskussion soll diese Landeskonferenz der Partei DIE LINKE das vielschichtige friedenspolitische Potenzial der deutschen Hauptstadt sichtbar machen und begründen, wie es in die rot-rote Berliner Stadtpolitik eingehen könnte. Zu den besten Traditionen Berlins gehört, dass die Pazifistin Bertha von Suttner 1892 hier die Deutsche Friedensgesellschaft gründete und bis heute Kriegsgegner, Antifaschisten und Friedenskämpfer aus allen Schichten der Berliner Bevölkerung vor der Welt das friedliebende Berlin repräsentieren. Die Konferenz soll der Berliner Fraktion und dem Landesverband DIE LINKE sowie den Basisorganisationen und Sympathisanten der Partei Anstöße für Antworten auf aktuelle Fragen zur Friedenspolitik geben. Die Losung sei: „Schwerter zu Pflugscharen!“

■ LAG Friedenspolitik Berlin



Foto: Klaus Lederer

Bundeswehr raus aus Afghanistan: Mit dem Antrag „Keine deutschen Soldaten für eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen – Rechtswidrige Kriegshandlungen beenden“ macht die Linksfraktion dieses Thema zum Gegenstand der Auseinandersetzung im Bundestag, während die Bundesregierung dem Parlament bisher wichtige Informationen zum Afghanistankrieg vorenthalten hat.

Auf dem Foto: Bundesweite Demo im September 2007 in Berlin

Gute Arbeit – Gute Rente – Gutes Leben

Rentenpolitik von links

Der LINKEN ist es zu verdanken, dass in der breiten Öffentlichkeit endlich wieder über die Auswirkungen der Rentenkürzungsprogramme der letzten Jahre diskutiert wird. Derweil setzt die Große Koalition mit der Rente mit 67 unvermindert den neoliberalen Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung fort. Ergebnis wird sein: Selbst bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung kann die gesetzliche Rente allein Armut nicht mehr wirksam verhindern.

Dabei ist die systematische Zerstörung des Vertrauens in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente nur Mittel zum Zweck: Während Unternehmen einerseits Sozialbeiträge einsparen, werden andererseits immer größere Teile der Alterssicherung privatisiert und den Kapitalmärkten überantwortet. In Zukunft gilt: Nur wer immer größere Teile seines Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorgesysteme steckt, kann im Alter seinen Lebensstandard halten. Gerade die Debatte der letzten Wochen über den Anlagenbetrug bei der Riester-Rente zeigt, dass vor allem Geringverdienende im Alter leer ausgehen können.

Mit zahlreichen Vorschlägen und Initiativen hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE im letzten Jahr immer wieder auf das Problem drohender Altersarmut aufmerksam gemacht. Zugleich haben wir eigene konzeptionelle Vorschläge vorgelegt, wie der sozialpolitische Ausverkauf der gesetzlichen Rente gestoppt und der Solidar-

gedanke einer lebensstandardsichernden Rente im Alter gestärkt werden kann. Gleichzeitig hat der Parteivorstand in seiner Sitzung am 28. Januar einstimmig eine „Rentenkampagne der LINKEN“ beschlossen. Kern der Rentenkampagne wird die Verteidigung der gesetzlichen Rente als soziales Sicherungssystem im Alter sein. Mit Schulungen und Aufklärungsmaterial wollen wir unsere Mitglieder vor Ort fit machen. Bereits im April ist eine große Auftaktveranstaltung mit vielen Multiplikatoren geplant. Ziel der Kampagne ist es, die Rentenpolitik zu einem der zentralen Themen in den anstehenden Wahlen in Bund und Ländern zu machen. Mit den von der Bundestagsfraktion DIE LINKE entwickelten Eckpunkten für eine solidarische und sichere Rente haben wir bereits den Grundstein gelegt: Hierzu gehören neben der Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren, einem klaren Nein zur Rente mit 67 und der schrittweisen Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente auch ein stärkerer Solidarausgleich sowie die Überwindung der Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner. Es bleibt dabei: Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein.

■ Volker Schneider, MdB
Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

TIPP!
RENAISSANCE-THEATER - „Endstation Sehnsucht“ von Tennessee Williams
mit Ben Becker (So bis Do an der Abendkasse auch mit 3-Euro-Ticket)

Termine:

10. März
Auftakt der Reihe „Linke Metropolenpolitik“
Wie links ist die Stadt? - Alternative soziale Metropolenpolitik

Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Klaus Brake (TU Berlin, Zentrum für Metropolenforschung), Katrin Lompscher (Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz) und Frauke Hehl (workstation ideenwerkstatt berlin e. V.)
Moderation: Lena Schulz zur Wiesch
In Kooperation von „Helle Panke e. V.“ mit der Volksbühne Berlin
18 Uhr, Volksbühne, Roter Salon, Rosa-Luxemburg-Platz, 10178 Berlin

10. März
Vor 70 Jahren: Die stalinschen Schauprozesse in der Sowjetunion (1936–38)

Filmvorführung »Die Sonne, die uns täuscht«
Mit Dr. Wladislaw Hedeler, Historiker, Autor der Biografie über Nikolai Bucharin
18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 2, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

12. März
Politische Bildung
Bedingungsloses Grundeinkommen oder bedarfsorientierte Grundsicherung?
Diskussion mit Katja Kipping, MdB, stellv. Parteivorsitzende, und Judith Dellheim, Mitglied der BAG Wirtschaft
18 Uhr, DIE LINKE, Pankow, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin

27. März
Biografien im Gespräch
„Wie starb Benno Ohnesorg?“
Uwe Soukup liest aus seinem Buch und lädt zur Diskussion ein.
Moderation: Prof. Dr. Heinrich Fink
19 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

1. April
Reihe „Linke Metropolenpolitik“
Soziale Wohnungspolitik – Wohnungspolitische Steuerungspotenziale öffentlicher Wohnungsgesellschaften
Mit Sigmar Gude (TOPOS) und Ulrich Jursch (DEGEWO)
19 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

5. April
Berlin – Stadt des Friedens
Konferenz der Partei DIE LINKE. LV Berlin
10–17 Uhr, im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Impressum:

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 28. 2. 2008

Kalenderblatt: Märzrevolution 1848 Ihre Vorboten und Folgen

Am 24. Februar 1848 wurde die Monarchie in Paris gestürzt. Dies führte zur Märzrevolution in Deutschland. In vielen Staaten des Deutschen Bundes wurden liberale Regierungen gebildet. Die am 18. Mai in Frankfurt/Main gebildete Nationalversammlung wollte eine gesamtdeutsche Verfassung entwerfen und einen einheitlichen Nationalstaat schaffen. In Österreich musste Kanzler Metternich am 13. März abdanken. Ungarn, Polen und Tschechen kämpften um die nationale Unabhängigkeit, Italiener um die Einigung des Landes. Doch alle Versuche, die Revolution weiterzutreiben, so in den Wiener Maiaufständen oder in Baden, scheiterten am Widerstand der Bourgeoisie, die sich zum Klassenkompromiss mit dem Adel bereit fand. Im Juni endete die Erhebung der Pariser Arbeiter mit einer Niederlage. Am 18. September ließ die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung einen Aufstand der radikalen Linken niederschlagen. Im Oktober wurden die Aufständischen in Wien besiegt. Robert Blum, Führer der demokratischen Linken in der Nationalversammlung, wurde trotz Immunität hingerichtet. Die Konterrevolution gewann Oberwasser. Am 2. November setzte Preußens König Friedrich

Wilhelm IV. ein reaktionäres Ministerium ein und verhängte am 12. November über Berlin den Belagerungszustand. Im März 1849 lehnten die deutschen Bundesstaaten den Frankfurter Verfassungsentwurf ab. Das Parlament scheiterte, nachdem Friedrich Wilhelm im April die Annahme der deutschen Kaiserkrone zurückwies. Aufstände in Sachsen, Baden und der Rheinpfalz, um die Verfassung dennoch durchzusetzen, wurden blutig erstickt. Am 18. Juni 1849 lösten württembergische Truppen das aus etwa einhundert radikalen Abgeordneten gebildete Rumpfparlament auf. Im August 1851 wurde die gemäßigte österreichische Verfassung vom März 1849 widerrufen. In Frankreich wurde Louis Napoleon, Neffe Napoleons I., zum Gewinner und errichtete im Dezember 1851 eine Diktatur. Die Niederlage der Revolution führte schließlich zur dynastischen Einigung Deutschlands und Italiens „von oben“, doch auch zur Herausbildung des Marxismus und zur Formierung einer selbständigen Arbeiterbewegung in Europa.

■ Mario Keßler

Spenden für ein flugfreies Tempelhof

Der Volksentscheid für den Weiterbetrieb von Tempelhof als Flughafen wird insbesondere durch anonyme Großspender finanziert. Um ein Gegengewicht zu dieser „Interessengemeinschaft“ zu schaffen, ist das Bündnis für ein flugfreies Tempelhof auf Spenden von Bürgerinnen und Bürgern – also von Ihnen – angewiesen.

Das vom BUND Berlin e. V. verwaltete Spendenkonto des Bündnisses:

BUND Berlin e. V.
Konto-Nr. 3323330
Sozialbank Berlin
BLZ 100 205 00

www.tempelhof-flugfrei.de

Für die Zusendung einer Spendenbescheinigung (ab 100 Euro) bitte im Feld „Zweck“ Straße und Postleitzahl angeben.
Bis 100 Euro reicht dem Finanzamt ein Überweisungsbeleg

Ostermärsche 2008

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Berlin ruft alle Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, sich an den Ostermärschen der Friedensbewegung zu beteiligen.

Für die Beendigung der Bundeswehreinsätze im Ausland, für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen, für Abrüstung statt Sozialabbau!

Ostersonntag, 23. März

14 Uhr, Fretzdorf, Kirche: traditioneller Osterspaziergang gegen die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombodrom durch die Bundeswehr

Ostermontag, 24. März: 50. Berliner Ostermarsch

12 Uhr – Auftaktkundgebung am Adenauerplatz

13.30 Uhr – Abschlusskundgebung auf dem Breitscheidplatz

Service